

Beschluss:

Erinnerungspolitik ist nie neutral. Sie entscheidet darüber, wessen Geschichte erzählt, wessen Kämpfe anerkannt und wessen Perspektiven weitergegeben werden. Bis heute ist die öffentliche Erinnerungskultur jedoch maßgeblich von patriarchalen Strukturen geprägt: FINTA-Personen und andere marginalisierte, beziehungsweise mehrfach marginalisierte Personen erscheinen in historischen Erzählungen häufig nur am Rand, als Ausnahme oder gar nicht. Ihre Rolle in sozialen und politischen Bewegungen, im antifaschistischen Widerstand, in Arbeitskämpfen oder in Sorgearbeit wird systematisch unterschätzt oder ausgeblendet.

Diese Leerstelle ist Ausdruck struktureller Ungleichheit in Forschung, Bildung und öffentlicher Erinnerung. Wer in der Geschichte nicht vorkommt, dem wird auch politische Bedeutung in der Gegenwart abgesprochen. Feministische Erinnerungspolitik ist daher keine Ergänzung bestehender Geschichtsbilder, sondern eine Voraussetzung für historische Gerechtigkeit, demokratische Bildung und gesellschaftliche Emanzipation.

FINTAs haben politische Bewegungen getragen, Widerstand organisiert, soziale Kämpfe geführt und gesellschaftliche Veränderungen erstritten – oft unter doppelter oder mehrfacher Unterdrückung durch Patriarchat, Klassismus, Rassismus etc. Diese Erfahrungen müssen als kollektive politische Geschichte erzählt werden, nicht als Randnotiz oder individualisierte Ausnahmebiografie.

Feministische Erinnerungspolitik darf dabei nicht auf ehrenamtliches Engagement oder zivilgesellschaftliche Einzelinitiativen reduziert werden. Sie ist eine staatliche Aufgabe und muss strukturell in Wissenschafts-, Kultur- und Bildungspolitik verankert werden. Nur so kann eine Erinnerungskultur entstehen, die Vielfalt abbildet, Ungleichheiten reflektiert und demokratische Teilhabe stärkt.

Feministische Erinnerungspolitik muss strukturell gestärkt werden. FINTA-Perspektiven müssen systematisch in Forschung, Bildung und öffentlicher Erinnerung verankert werden, um historische Ungleichheiten abzubauen und gesellschaftliche Teilhabe zu fördern.

Geschichte wirkt fort. Eine gerechte Gesellschaft braucht eine gerechte Erinnerungskultur. Feministische Erinnerungspolitik ist daher kein Symbolprojekt, sondern ein notwendiger Bestandteil emanzipatorischer Politik. Wer Gleichstellung ernst meint, muss auch Erinnerung gerecht gestalten.

Wir fordern daher:

- ... dass feministische Erinnerungspolitik als staatliche Aufgabe anerkannt wird und FINTA-Perspektiven verbindlich in Wissenschafts-, Kultur- und Bildungspolitik berücksichtigt werden.
- ... dass der Senat die Forschung zu „FINTA in der Geschichte“ gezielt ausbaut und finanziell fördert, insbesondere durch die Unterstützung wissenschaftlicher und außeruniversitärer Forschungsprojekte, die FINTA als politische Akteur*innen und kollektive Bewegung sichtbar machen.

- ... dass FINTA und feministische Bewegungsgeschichte im öffentlichen Raum stärker sichtbar gemacht werden, unter anderem durch die Benennung von Straßen, Plätzen und öffentlichen Einrichtungen sowie durch Gedenktafeln, Erinnerungsorte und eine kritische Überprüfung bestehender Ehrungen.
- ... dass feministische Perspektiven verbindlich in schulische Lehrpläne sowie in die politische Bildungsarbeit aufgenommen werden, als selbstverständlicher Bestandteil der Gesellschafts-, Demokratie- und Sozialgeschichte. Der Geschichtsunterricht an Schulen soll insbesondere genutzt werden, um Missstände in der Geschichte gegenüber FINTA-Personen, wie den "Matilda-Effekt", zu thematisieren: Historisch wichtige Errungenschaften, erforscht und entdeckt durch FINTA-Personen, die sich Cis-Männer zu eigen gemacht haben.
- ... dass feministische Erinnerungspolitik intersektional ausgerichtet wird und insbesondere schwarze, jüdische, migran-tische, ostdeutsche, queere, BIPoC, TIN-Personen behinderte sowie proletarische FINTA, FINTA of Color in der gesamten Geschichtsschreibung und auch speziell in der Widerstandsgeschichte berücksichtigt werden.
- ... dass ein landesweiter feministischer Erinnerungsschwerpunkt etabliert wird, der bestehende Aktivitäten bündelt, fe-ministische Geschichte sichtbarer macht und langfristig im öffentlichen Bewusstsein verankert.

Überweisen an

AGH-Fraktion+Senat